

menhang sollte insbesondere der anvisierte »neue Kurs« gegenüber Jugoslawien eine wesentliche Wendung in der sowjetischen Außenpolitik anzeigen. Im Mai 1955 trafen Chruschtschow und Bulganin in Belgrad ein, um die diplomatischen und politisch-ideologischen Beziehungen mit dem ehemaligen »faschistischen Verräter« Tito neu zu ordnen bzw. zu »normalisieren«. In einer Erklärung gab Chruschtschow dem »imperialistischen Agenten« (Löwenthal) Berija die Schuld am Konflikt, der seit 1948 eine antijugoslawische Kampagne ins Leben gerufen haben sollte. Gleichwohl erreichte Chruschtschow sein primäres Ziel nicht. Denn er hatte den Besuch bei Tito mit der Absicht gemacht, das ehemalige Dogma Stalins von der alleinigen Führerschaft der Sowjetunion im kommunistischen Lager durch die Demonstration zu ersetzen, dass »gute« Kommunisten unabhängige Verbündete Moskaus sein können, um Jugoslawien auf einer neuen Grundlage, will heißen: auf »gleichberechtigter« Basis, für den sowjetischen »Block« in Osteuropa zurückzugewinnen. Da Tito auf das Angebot der »Normalisierung« der Beziehungen der beiden Staaten eher ablehnend reagierte, endete die Reise für den neuen Kremlchef enttäuschend, zumal er sich hiervon auch aus innerparteilichen Gründen einen »Prestigeerfolg« erhofft hatte. Letzten Endes musste Chruschtschow einlenken und Jugoslawien weiterhin das Recht einräumen, seinen eigenen nationalen Weg zum Sozialismus zu gehen, sodass bereits Mitte des Jahres 1955 die Gefahr bestand, dass die Macht der Sowjetunion – nicht zuletzt in Folge des von Moskau geforderten »neuen Kurses« sowie des Entstalinisierungsprozesses insgesamt – in einzelnen osteuropäischen Satellitenstaaten sukzessive unterminiert werden könnte. Mit anderen Worten: Es mehrten sich zu diesem Zeitpunkt die Anzeichen – zumal im Falle des »Nagy-Regimes« in Ungarn – für eine Lockerung der Beziehungen der Sowjetunion und den unter ihrer »Kontrolle« stehenden osteuropäischen Satellitenstaaten.⁵⁴¹

Das offensichtliche Einlenken Moskaus gegenüber Jugoslawien im Sommer 1955 verstärkte die Hoffnungen in den Ländern des sozialistischen Lagers, dass man in Zukunft wieder eigene Meinungen vertreten könne und einheimische nationale Gruppen der Kommunisten sich gegenüber den absolut moskauhörigen Führungseliten durchsetzen könnten. Ebendiese Hoffnungen verstärkten sich vor allem nach der scharfen Abrechnung mit Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956. Indes: Der Parteitag sollte zunächst in erster Linie für den seit dem Tod Stalins in Gang gesetzten »Entstalinisierungskurs« in der Sowjetunion selbst eine einschneidende Bedeutung haben.

2.7 Der XX. Parteitag der KPdSU und die Folgen oder: das »Jenseits des Stalinismus«

Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. Februar bis zum 25. Februar 1956 im Moskauer Kreml statt. Sein wichtigstes Ergebnis war bekanntlich einerseits die radikale Zertrümmerung des stalinschen Personenkults, mit dem gleichzeitig die Alleinherrschaft Stalins kritisiert wurde, und andererseits die auf einer geschlossenen Sondersitzung vorgetragene Geheimrede Chruschtschows. Hier informierte Chruschtschow

541 Zum Besuch Chruschtschows in Belgrad und zu den Folgen insgesamt vgl. Richard Löwenthal, Brief aus Belgrad: Acht Tage, die ein Reich erschütterten, in: Der Monat 7 (1955), H. 82, S. 319–328.

unter anderem auf der Grundlage einiger Dokumente über das Ausmaß der Verbrechen Stalins und plädierte für die Rehabilitierung der Opfer der stalinistischen Terrorherrschaft.⁵⁴²

Gleichwohl kündigte sich bereits in den Monaten vor dem XX. Parteitag eine Abkehr von der »Stalin-Herrschaft« an. Beispielsweise beschloss das Präsidium des Obersten Sowjets im September 1955 eine Amnestie für einen Teil der sowjetischen Bürger, die in der Stalinära wegen angeblicher Kollaboration mit dem »deutschen Feind« während des Zweiten Weltkrieges verurteilt wurden und in Gefangenschaft waren. Im selben Monat fand in Georgien ein Prozess gegen führende Funktionäre der staatlichen Sicherheitsorgane statt (u. a. gegen den ehemaligen Volkskommissar für Inneres in Georgien, Rapawa), die beschuldigt wurden, in den Jahren der »Stalin-Herrschaft« Untersuchungsakten gefälscht zu haben und gegen Verhaftete vom sowjetischen Gesetz ausdrücklich verbotene »verbrecherische Verhörmethoden« angewandt sowie gegen sogenannte ehrliche Sowjetmenschen Terrorakte verübt zu haben, weil gegen sie falsche Anklagen wegen »konterrevolutionärer Verbrechen« erhoben wurden. Dieser Prozess besaß vor allem deshalb eine große Bedeutung, weil, neben der Untersuchung des stalinistischen Terrors nach dem Kriegsende, in diesem Zusammenhang zum ersten Mal prominente Parteifunktionäre rehabilitiert wurden, die Opfer der »großen« Säuberung von 1936 bis 1938 waren.

Wie wurde in der Zeitschrift *Der Monat* die historisch-politische Bedeutung des XX. Parteitages der KPdSU im Allgemeinen und die von Chruschtschow zur Sprache gebrachten stalinistischen Verbrechen im Besonderen bewertet? Wie wurde die Frage diskutiert, was Chruschtschow veranlasst hatte, die Geheimrede zu halten? Wie wurde in diesem Zusammenhang in den ersten Monaten danach das sowjetkommunistische Herrschaftssystem unter Chruschtschow charakterisiert?

Unmittelbar im Anschluss an den XX. Parteitag veröffentlichte Löwenthal im April im *Monat* den Beitrag *Jenseits des Stalinismus*.⁵⁴³ Es war der erste Beitrag, der aus Anlass des historisch bedeutsamen Parteitages von der Zeitschrift publiziert wurde. Da er sich seinerzeit allerdings in seinem Artikel noch nicht auf die legendäre Rede Chruschtschows beziehen konnte, da sie der westlichen Öffentlichkeit erst danach vorlag,⁵⁴⁴ soll im Folgenden auf den in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift von ihm veröffentlichten Beitrag eingegangen werden, der unter dem Titel *Verspäteter Thermidor?* im Mai erschien.⁵⁴⁵ Dieser Artikel war also der zweite, der vom *Monat* zum XX. Parteitag veröffentlicht wurde, allerdings der erste, der sich ausdrücklich mit der chruschtschowschen Rede und den historisch-politischen Implikationen auseinandersetzte. Aus diesem Grund wird dieser Beitrag in aller Kürze zusammengefasst; hierbei bezog sich Löwenthal als Grundlage auch ausdrücklich auf den im vorherigen Heft erschienen Artikel *Jenseits des Stalinismus*. Auch in diesem Fall soll der Autor möglichst persönlich zu Wort kommen. Im Anschluss daran erfolgt ein Kommentar.

542 Wie gesehen, stellte die auf dem XX. Parteitag vorgetragene Geheimrede Chruschtschows für den *Monat* eine Zäsur dar. Siehe hierzu die Vorbemerkung zu Kap. I.6 und I.6.2.

543 Richard Löwenthal, *Jenseits des Stalinismus*, in: *Der Monat* 8 (1956), H. 91, S. 3–10.

544 So die redaktionelle Mitteilung, ebd., S. 4.

545 Richard Löwenthal, *Verspäteter Thermidor?*, in: *Der Monat* 8 (1956), H. 92, S. 80–84.

Die offiziell unveröffentlichte Rede in der Schlußsitzung des Moskauer Parteitags mit der Chruschtschow die Kampagne zur Zerstörung des Stalinkults einleitete, ist ihrem wesentlichen Inhalt nach als authentisch verbürgt; doch sie stößt nicht weniger an die Grenzen unseres Vorstellungs- und Einfühlungsvermögens, als die Schrecken der Stalinischen Säuberungen selbst,

schrrieb Löwenthal zu Beginn seines Beitrages, um im Anschluss daran wie folgt fortzufahren:

Sie rechtfertigt völlig die – von uns vor ihrem Bekanntwerden niedergeschriebene – Charakteristik des XX. Parteitags als eines »fanatischen Totem-Mahles [...]«, bei der das Kollektiv der postum rebellischen Söhne die Überreste des tyrannischen Vaters stückweise verspeist hat«. Aber sie wirft die neue Frage auf, was Stalins Komplizen und Erben veranlaßt hat, drei Jahre nach seinem Tod von der schrittweisen Korrektur der Legende zu dieser Form der demonstrativen Entgötterung überzugehen.⁵⁴⁶

Für Löwenthal stand folglich fest, dass im Grunde genommen alles, was in der »Generalabrechnung« zum Durchbruch kam, bereits in der politischen Praxis des Regimes in den Jahren impliziert war. In seinen Augen zeigte sich dies beispielsweise daran, dass der Stalinkult bereits zuvor abgebaut wurde, oder auch daran, dass die sowjetische Führung immer weniger aus den polittheoretischen Schriften Stalins zitierte und sich immer mehr auf Lenin berief; außerdem daran, dass das persönliche Sekretariat Stalins sofort nach seinem Tode zerschlagen wurde und »sein Leiter« verschwand, sowie daran, dass das »Ärztekomplott« bereits unmittelbar nach Stalins Tod »als Schwindel« enthüllt wurde. Des Weiteren hatte Löwenthal zufolge bereits die zurückliegende Praxis gezeigt, dass eine »systematische Zähmung« der Geheimpolizei ihre innerparteiliche Macht gebrochen hatte und die Kontrolle der Partei über die Polizei wiederhergestellt wurde. Auch die Freilassung zahlreicher »Alt-Bolschewiki« aus den Lagern und die Rehabilitierung ehemaliger Parteimitglieder, die »Opfer der Vor- und Nachkriegssäuberungen in Osteuropa« wurden, war bereits Bestandteil der politischen Praxis der unmittelbar zurückliegenden Jahre. Last but not least: Auch der Konflikt mit Tito war bereits offiziell beendet und der »Verräter« Tito wurde rehabilitiert. In diesem Zusammenhang schrieb Löwenthal:

Aber alle diese Schritte in Abkehr von Stalins Herrschaftsmethoden [...] waren bis zum Parteitag ohne *ausdrückliche* Desavoiierung Stalins erfolgt. Die Scheu vor dem Stalinmythos ging bei den gegenwärtigen Führern so weit, daß sie in den Fällen, wo ein demonstrativer Bruch mit der Vergangenheit sich durchaus nicht vermeiden ließ Berija zum Alleinverantwortlichen für Entscheidungen der hohen Politik Stalins zu stempeln suchten, selbst auf die Gefahr einer allgemeinen Unglaubwürdigkeit; und diese Scheu war verständlich genug, wenn man bedenkt, daß die Zerstörung des Mythos sowohl die Autorität des Parteiregimes wie auch die der gegenwärtigen Führer selbst aufs schwerste erschüttern muß. Die Parteidiktatur steht heute vor den Völkern Rußlands als das System, das Stalins Tyrannis ermöglicht hat; die kollektive Führung besteht aus den Leuten, die 20 Jahre lang den Gopak getanzt haben, wie Stalin es befahl. Weil sie

546 Ebd., S. 80.

diese Gefahr erkannten, haben sie sich drei Jahre lang gegen den offenen Bruch mit dem Mythos gesträubt; daß sie nun doch dazu gezwungen waren, ist wahrlich »die Rache der Geschichte«. Aber was hat sie dazu gezwungen? Wir fragen *nicht*: Wer hat sie gezwungen?⁵⁴⁷

Nachdem er sich zunächst kritisch vom Exponenten der sogenannten Methode der »Kreml-Astrologie« abgesetzt hatte⁵⁴⁸ – womit höchstwahrscheinlich in erster Linie Borkenau gemeint gewesen sein dürfte –, schrieb Löwenthal in diesem Zusammenhang wie folgt weiter:

Die Mindestannahme, die man zum Verständnis dieser feierlichen Enthüllung der Methoden der Stalinschen Autokratie und ihrer schädlichen Folgen machen muß, ist, daß das Kollektiv der Führung oder doch sein gewichtigster Teil von Chruschtschow diese Garantie gegen eine Wiederholung gefordert hat – daß Chruschtschows Sieg innerhalb des Parteiapparats also nur um den Preis dieser Konzession möglich war.

Aber auch diese Annahme setzt schon einen Grad von »Kollektivität« der Führung voraus, der gerade der Erklärung bedarf. Warum sollte Chruschtschow, der allem Anschein nach hohe Funktionäre absetzt und ernennt, wie er will, gezwungen sein, einer so bedenklichen Forderung selbst einer Mehrheit des Präsidiums nachzugeben? Warum konnte er nicht im Namen der Einheit der Partei und der stalinschen Tradition an das Zentralkomitee, und im Notfall an die Gewalt appellieren? Die Antwort liegt erstens in der Schwächung der Geheimpolizei in den bereits seit Stalins Tod durchgeführten Auseinandersetzungen; zweitens in dem offenbaren Widerstand der Armee, und zwar nicht nur einzelner Gruppen, sondern der Armee als Institution gegen eine Rückkehr zu Stalins Methoden – keine Kraft der Sowjetgesellschaft hat soviel mit jeder nach-stalinschen Veränderung, insbesondere mit der Abwertung der Geheimpolizei und jetzt mit dem Abbau der militärischen Stalinlegende, an Gewicht und Prestige gewonnen wie die Armee; und drittens ganz allgemein in dem veränderten Klima der Sowjetgesellschaft, in dem der Primat der Partei nicht mehr automatisch gesichert ist, sondern gegenüber dem Druck der gesellschaftlichen Kräfte gerechtfertigt werden muß. Chruschtschow kann seine innerparteilichen Rivalen deshalb nicht in stalinistischer Manier vernichten, weil er mit einer halbtoten, Stalinschen Partei die Sowjetgesellschaft nicht mehr wirksam regieren könnte. [...] Hier liegt der Zusammenhang zwischen der Veränderung im innerparteilichen Regime und im Verhältnis von Partei und Gesellschaft.

Für Löwenthal stand fest, dass sich damit die zentrale Bedeutung der Kritik an Stalins Formel von der »Verschärfung des Klassenkampfes mit fortschreitendem Aufbau des Sozialismus«, die er bereits nach ihrer ersten Erwähnung durch Walter Ulbricht als »Friedensangebot der Partei an die Sowjetgesellschaft und als den eigentlichen Kern des *Bruchs mit dem Stalinismus*« (Hervorh. des Verf.) – also mit dem Regime der permanenten Revolution von oben – bezeichnete, bestätigt hatten. »Diese Kritik«, schrieb Löwenthal,

547 Ebd.

548 Siehe im Einzelnen ebd., S. 80 f.

ist seither in den Reden und Artikeln fast aller kommunistischen Parteiführer, sowohl im Westen wie in den Satellitenstaaten, mit einer Genauigkeit wiederholt worden, die deutlich anzeigt, daß es sich hier um die theoretische Grundformel des »geheimen« Chruschtschow-Referats bzw. des zu diesem Thema zirkulierten Materials des sowjetischen Zentralkomitees handelt: besonders eindringlich haben der italienische Parteiführer Togliatti und das Mitglied des polnischen Parteisekretariats Jerzy Morawski aufgezeigt, daß Stalins Theorie »die verzweifelte Perspektive endloser gegenseitiger Verfolgung eines Teils der Gesellschaft durch den anderen auch innerhalb der Organisation der Arbeiterklasse« eröffne und in der Praxis zu »Mißtrauen in allen Richtungen und unter allen Umständen« führe; es sei die direkte Folge dieser Theorie gewesen, daß die Sicherheitsorgane über Regierung und Partei gestellt wurden und damit die Gelegenheit zu Verfassungs- und Gesetzesbrüchen und zu falschen Anschuldigungen gegen gute Kommunisten erhielten.⁵⁴⁹

Nach Auffassung Löwenthals hatte Stalin die Theorie »Verschärfung des Klassenkampfes mit fortschreitendem Aufbau des Sozialismus« das erste Mal in einer Rede vom März 1937 formuliert, mit der das »eigentliche Schreckensregime Jeschows« eingeleitet wurde. Doch ebenjene Theorie Stalins und das sogenannte Schreckensregime, das er darauf gründete, waren für ihn,

kein reines Wahnsinnsprodukt – sie waren seine Reaktion auf die von ihm erkannte Bedrohung des Parteiregimes durch den Versuch Kirows, nach Vollendung der Zwangskollektivierung und des ersten Fünfjahrplans die Diktatur zu »humanisieren«. Historisch gesehen, war die Kirow-Politik in der Tat der Ausdruck des Verlangens der neuen bürokratischen Oberschicht nach Sicherheit, ihrer Sehnsucht nach Abschüttelung des terroristischen Parteiregimes: es war das erste Auftreten einer »thermidorianischen« Tendenz in der Sowjetunion. Heute verwerfen Stalins Erben seinen Gegenaktion und kehren bewußt zu Kirow zurück – doch die thermidorianischen Tendenzen sind heute stärker: um volle zwanzig Jahre des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wachstums, der Verbreiterung administrativer und technischer Kenntnisse, des gesteigerten Selbstvertrauens einer siegreichen Armee. Heute können diese Tendenzen daher nicht mehr so leicht gebrochen werden; selbst der Rückschlag – Chruschtschows Sieg über Malenkov im vergangenen Jahr – hat sich jetzt nur vorübergehend erwiesen. Auch Chruschtschow muß nun versuchen, diese Strömungen nun zu kanalisieren und ihr Vertrauen zu gewinnen, indem er ihnen Pfänder gibt – und der Preis, den sie verlangen, ist im Steigen.

Die Entgötterung Stalins und das Eingeständnis, daß alle gegenwärtigen Parteiführer seine hilflosen Werkzeuge waren, machen zusammen auch noch keinen sowjetischen Thermidor; doch sie stellen den bisher größten Sieg der thermidorianischen Kräfte dar.⁵⁵⁰

Im letzten Teil seines Beitrages konstatierte Löwenthal, dass im »Augenblick des Schreibens« seitens der sowjetischen Parteiführer die unvermeidlichen Versuche im Vordergrund standen, die Folgen des Geschehenen abzuschwächen. Der Artikel der

549 Ebd., S. 82.

550 Ebd., S. 82 f.

Prawda vom 28. März gehe über den »Persönlichkeitskult« – die bis dahin einzige in der Sowjetunion offiziell veröffentlichte Formulierung – mit Stalin »ungleich milder um als die kommunistische Auslandspresse«. Insbesondere die »ungelösten Probleme der Landwirtschaft«, schrieb er,

stellen die kommunistischen Regime immer wieder vor die Wahl, entweder »den Klassenkampf auf dem Lande zu verschärfen«, d. h. in stalinistische Politik zurückzufallen, oder das Parteidogma der Kollektivierung aufzugeben – und das gilt nicht nur für die osteuropäischen Satellitenstaaten, sondern nach einem Vierteljahrhundert noch immer für die Sowjetunion selbst, wie das nach dem Parteitag erlassene Dekret über die Kolchosstatuten deutlich zeigt.

Dies Dekret gibt den Kolchosen die »Vollmacht«, auf ihren Versammlungen die Statuten so zu ändern, daß die privaten Bodenanteile von Mitgliedern, die nicht ein festgesetztes Minimum an genormten Arbeitstagen für das Kollektiv leisten, reduziert werden können; gleichzeitig werden die Kollektiven zur Zahlung von monatlichen Geldvorschüssen auf das Kollektiveinkommen im Verhältnis zur laufenden Arbeitsleistung angehalten. Beide Änderungen entspringen der Tendenz, die Kolchosen zu rationalisieren, indem man die Kollektivbauern schrittweise in Akkordlohnempfänger verwandelt; beide waren vor dem Parteitag in der Presse propagiert, auf dem Parteitag aber kaum erwähnt worden. Offenbar hat sich die Führung nur zögernd zu ihnen entschlossen, weil zu befürchten ist, daß sie erneuten Widerstand der Bauern hervorrufen werden; doch die gegenwärtig unrationelle Kolchosform ist mit einer dauernden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität nicht vereinbar, und der Ausweg in die entgegengesetzte Richtung – zurück zur individuellen Bauernwirtschaft, außer in den Fällen, wo große Staatsgüter sich bewährt haben – würde dem Parteidogma ins Gesicht schlagen.

Vor diesem Hintergrund stand für Löwenthal am Ende seines Beitrages fest:

So wie an diesen Fragen wird der Versuch, das Parteiregime durch Versöhnung mit den gesellschaftlichen Kräften zu retten, bei jeder konkreten Aufgabe immer wieder vor die Alternative zwischen dem Rückfall in »stalinistische« und dem Vorstoß in »thermidorianische« Lösungen gestellt werden. In diesen Auseinandersetzungen liegt die Zukunft des Sowjetregimes beschlossen.⁵⁵¹

Obwohl die von Chruschtschow auf dem XX. Parteitag im Februar 1956 vorgetragene »Geheimrede«, ⁵⁵² wie er zu Beginn seines Beitrages konstatierte, an die Grenzen des »Vorstellungs- und Einfühlungsvermögens« ging, war Löwenthal zu einer substantiellen Interpretation und Einschätzung imstande; zumal die Argumentation von ihm in sich schlüssig war. Dass seine Interpretation selbstverständlich aufgrund fehlender schriftlicher Dokumente respektive der Moskauer »Archivsituation« einen spekulativen Charakter besaß, muss sicherlich nicht extra hervorgehoben werden. Er stellte die

⁵⁵¹ Ebd., S. 83f.

⁵⁵² Laut Angabe von Boris Nicolaevsky, Was Chruschtschow verschwieg, in: *Der Monat* 8 (1956), H. 95, S. 79, wurde die »Geheimrede« vom US-amerikanischen State Department veröffentlicht und wies in diesem Zusammenhang zudem darauf hin, dass Moskau die »Authentizität des Dokuments« bis zu diesem Zeitpunkt, d. h. bis zum August 1956, nicht bestritten hatte.

analytisch ›richtige‹ Frage. Denn, wie er eingangs schrieb, ging es ihm nicht darum zu fragen, »wer« Chruschtschow dazu gezwungen hatte, die Generalabrechnung mit Stalin vorzunehmen, sondern er beleuchtete die Frage, »was« ihn stellvertretend für die sowjetische Führungsclique dazu gezwungen hatte. Diese Frage drängte sich geradezu auf, denn es gehörte ohne Zweifel zur Paradoxie der durch die chruschtschowsche Geheimrede initiierten Generalabrechnung mit Stalin, dass in ihr nichts zur Sprache kam, was nicht bereits Bestandteil der politischen Praxis des in Gang gekommenen Entstalinisierungsprozesses der zurückliegenden knapp drei Jahre gewesen war. Löwenthal sprach die wesentlichen Aspekte an, die eine Zäsur zum Stalinismus darstellten: Abbau des Stalinkults und der Rückgriff auf den Leninismus. Hinzu kam es nicht zuletzt zu der von ihm angesprochenen »Abkehr von Stalins Herrschaftsmethoden«. Anders gesagt: Die von Chruschtschow enthüllten Verbrechen während der Stalinära, der Abbau des Terrors und die Rehabilitierung der Opfer waren bereits Bestandteil der politischen Praxis.⁵⁵³ Zudem war die katastrophale Rückständigkeit der sowjetischen Landwirtschaft bereits enthüllt worden, wie auch beispielsweise die mangelnde wirtschaftliche Produktivität der Zwangsarbeit des Gulag im Kontext der »gigantischen Projekte«, die sicherlich ein Grund war für die Freilassung zahlreicher Gefangener bzw. für die ersten Schritte zum Abbau der Millionenarmee von Zwangsarbeitern und zu ihrer teilweisen Ersetzung durch zwangsangesiedelte »Freie« oder unter Druck rekrutierte »Freiwillige«.

Allerdings kamen diese Schritte im Kontext der Entstalinisierung, wie Löwenthal zu Recht feststellte, bis zum XX. Parteitag ohne die ausdrückliche Verurteilung Stalins aus. Sicherlich auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der »Stalinmythos« – vor allem in der sowjetischen Bevölkerung – ein Faktor der Stabilisierung des System schlechthin war, wurde nach dem Tod Stalins nicht zuletzt was den stalinistischen Terror anbelangt von den früheren Zöglingen Stalins Berija zum Sündenbock gemacht. Insofern war die Argumentation von Löwenthal sehr überzeugend, dass bis zum XX. Parteitag die »neuen« sowjetischen Machthaber um Chruschtschow und Malenkov den ehemaligen Geheimdienstchef Berija zum – wie er schrieb – »Alleinverantwortlichen für Entscheidungen der hohen Politik Stalins zu stempeln suchten«, um auch und vor allem davon abzulenken, dass sie Stalins Politik mitgetragen hatten. Weil sich die »Mini-Stalins« aus der »kollektiven Führung« der existenziellen Gefahr gewahr waren, die möglicherweise für das sowjetkommunistische Herrschaftssystem entstanden wäre, wenn die Generalabrechnung mit Stalin früher erfolgt wäre, war vor diesem Hintergrund die Frage von Löwenthal, »was« die neuen Machthaber *in persona* Chruschtschows »gezwungen« hatte, den Bruch mit Stalin im Kontext des XX. Parteitages herbeizuführen, überaus plausibel.

Diese Frage in den Mittelpunkt zu stellen, versprach einen größeren analytischen Erkenntnisgewinn, anstatt die Frage zu stellen, »wer« sie dazu gezwungen hatte, denn dies hätte naheliegenderweise den Schwerpunkt der Interpretation auf die zweifelsohne vorhandenen internen Machtkämpfe innerhalb der sowjetischen »kollektiven Führung« gelegt. Allerdings hätte dies noch keinen grundsätzlichen Erklärungswert gehabt – nicht zuletzt in Bezug auf die unmittelbar im Anschluss an den XX. Partei-

553 Vgl. hierzu grundsätzlich Reinhard Maurach, Das sowjetische Amnestiegesetz, Stuttgart 1953 sowie Wanda Bronska-Pampuch, »Kein Tatbestand«. Gedanken beim Anblick meines Rehabilitierungsbescheides, in: Der Monat 9 (1957), H. 106, S. 13–17.

tag anvisierte bzw. tatsächlich folgende Politik des Regimes (vor allem im Kontext der seit dem Tod Stalins festzustellenden »gesellschaftlichen Machtverschiebungen«, auf die Löwenthal in seinen vorherigen Veröffentlichungen im *Monat* einging). Auch mögliche andere Erklärungsansätze für die Abrechnung mit den Verbrechen Stalins, dass beispielsweise Chruschtschow aus humanistischen Gründen die ausdrückliche Generalabrechnung mit Stalin in Gang brachte, weil er sich einen Rest an Menschlichkeit bewahrt hatte und bei ihm die Fähigkeit zum Mitgefühl noch nicht restlos abgestorben war, hätte ebenso wenig überzeugt, zumal dies auf eine Psychologisierung von Politik hinausgelaufen wäre. Auch wenn Löwenthal nicht explizit auf diesen Erklärungsansatz einging, so können doch seine Ausführungen zumindest im Nachhinein so interpretiert werden, dass er dies einerseits bei dem »Stalinisten« Chruschtschow für wenig wahrscheinlich hielt und andererseits, dass dieser Ansatz ebenfalls die tatsächliche Politik des Regimes und die gesellschaftlichen Machtverschiebungen nicht hätte erklären können. Löwenthal formulierte im Grunde genommen die »Mindestannahme«, wonach sich die führenden Exponenten der »kollektiven Führung«, d. h. also vor allem die Altbolschewiken Molotow, Kaganowitsch, Malenkow, Woroschilow oder Mikojan, im Vorfeld des XX. Parteitages mit Chruschtschow darauf geeinigt hatten, dass er als Generalsekretär als »offizieller« Führer der Partei fungieren solle unter der Voraussetzung, die Generalabrechnung mit Stalin und dessen Herrschaftsmethoden vorzunehmen, als Garantie gegen eine Wiederholung. Dieser »Ansatz« war für ein besseres Verständnis einleuchtender, als die Chruschtschowrede ausschließlich im Kontext eines Machtkampfes innerhalb der sowjetischen Führung oder eines genuin systemimmanenten Suchens nach »Sündenböcken« zu sehen,⁵⁵⁴ oder letztlich primär aus dem Wunsch »alle[r] Menschen« in der Sowjetunion, den Terror zu beenden und fortan »ohne Dauerangst« zu leben.⁵⁵⁵

Die Interpretation der Chruschtschow-Rede von Löwenthal war vor allem auch deshalb überzeugend, weil sie auf der Grundlage des von ihm zuvor im *Monat* in mehreren Beiträgen genau beschriebenen Entstalinisierungsprozesses erfolgte. Vor diesem Hintergrund konnte er zu Recht feststellen, dass Chruschtschow, obwohl er Anfang des Jahres 1956 natürlich eine erhebliche innerparteiliche Macht besaß, die KPdSU nicht in stalinistischer Manier führen und die Herrschaft *qua* Gewalt ausüben konnte, weil er im Gegensatz zu Stalin nicht über einen originären Herrschaftsapparat verfügte. Vor allem war es Chruschtschow nicht möglich, über die Geheimpolizei zu verfügen, um beispielsweise innerparteiliche Rivalen auszuschalten und aus diesem Grund einen »Konsens« innerhalb der »kollektiven Führung« anstreben musste.

Insofern gelang es Löwenthal, den analytischen Scheinwerfer auf die eigentlichen Hintergründe für die Generalabrechnung mit Stalin respektive dem Stalinismus zu richten, die tatsächlich aus systemimmanenten Gründen erfolgte. Das bedeutete grundsätzlich, dass es einen Zusammenhang gab zwischen einer sowohl innen- als auch außenpolitisch angestrebten »leninistischen Renaissance« der sowjetischen Führung und der Enthüllung der Verbrechen Stalins. Gleichwohl spielte tatsächlich

554 So zum Beispiel die Interpretation in dem Beitrag: Seltsames und Ungeheuerliches, in: Ost-Probleme 8 (1956), Nr. 10, S. 327 f. (Erstveröffentlichung in: Problems of Communism, Nr. 2, 1956).

555 So die Auffassung von Klaus Mehnert in seiner ansonsten verdienstvollen, mit ausdrücklichem Blick auf die sowjetische Bevölkerung geschriebene Studie: Der Sowjetmensch. Versuch eines Porträts nach dreizehn Reisen in die Sowjetunion 1929–1959, Stuttgart u. a. 1959, S. 333.

die innenpolitische Situation die aller Voraussicht nach größere Bedeutung, denn die Autoritätskrise des »Nach-Stalin-Regimes« war, wie Löwenthal zu Recht hervorhob, unverkennbar. Vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Drucks, unter dem das Regime auch Anfang des Jahres 1956 stand, der von ihm zur Sprache gebracht wurde, war die Stabilität des Regimes oder genauer gesagt der Primat der Partei alles andere als sicher. Zweifelsohne war eine Verschiebung im Verhältnis der Partei zur Geheimpolizei und zur bürokratisch-militärischen Oberschicht zu konstatieren. Gleichzeitig hatte der Entstalinisierungsprozess ja nicht nur das allgemeine »Klima der Sowjetgesellschaft« verändert, sondern gesellschaftliche Kräfte freigesetzt, denen sich die Partei gegenüber zu rechtfertigen hatte.⁵⁵⁶ Vor diesem Hintergrund war eine Rückkehr zum Stalinismus aus zwei Gründen im Grunde genommen ausgeschlossen:

1. Weil es für Chruschtschow nicht möglich war, seine innerparteilichen Rivalen, die es selbstverständlich gab, in »stalinistischer Manier« zu liquidieren, weil er mit einer »halbtoten« Partei in der Tat nicht mehr imstande gewesen wäre, die sowjetische Gesellschaft wirksam zu regieren.

2. Weil auch ein Zurück zur alten stalinschen Politik der »permanenten Revolution von oben« bzw. zur sogenannten Formel von der »Verschärfung des Klassenkampfes mit fortschreitendem Aufbau des Sozialismus« nicht möglich war, weil ein neuerlicher »Krieg« gegen die eigene Bevölkerung und das permanente Suchen nach einem »inneren Feind« aufgrund der oben angesprochenen institutionellen Machtverschiebungen für die Partei respektive für Chruschtschow ausgeschlossen war und zudem das Regime aufgrund des zu erwartenden Widerstandes in der sowjetischen Gesellschaft existenziell gefährdet hätte.⁵⁵⁷

Daraus folgte auch, dass das Regime mit Chruschtschow an der Spitze aus systemimmanenten Gründen gezwungen war, die »thermidorianische« Richtung einzuschlagen, und in diesem Kontext bekam der XX. Parteitag im Allgemeinen und die Geheimrede Chruschtschows im Besonderen eine überragende Bedeutung. Zuerst musste im Grunde genommen die »Entgötterung Stalins« innerhalb der Partei erreicht werden, um fortan zu versuchen, zur Rettung des Parteiregimes im Rahmen des Überganges zum »aufgeklärten Absolutismus« durch Konzessionen die von Löwenthal am Ende seines Beitrages angesprochene »Versöhnung« der Partei mit der sowjetischen Gesellschaft sowie nicht zuletzt mit ihrer neuen Elite, d. h. der bürokratisch-militärischen »Bourgeoisie«⁵⁵⁸, zu erreichen. In diesem Zusammenhang waren die Thematisierung und die Verurteilung der Verbrechen Stalins und seines »Schreckensregimes« die grundlegenden Voraussetzungen. Indes: Obwohl Löwenthal in seinem Beitrag angesichts des Entstalinisierungsprozesses im Hinblick auf den Charakter des kommunistischen Herrschaftsregime unter Chruschtschow von einem Bruch mit dem Stalinismus ausging, war gleichwohl die Zukunft des Sowjetregimes offen – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich die obersten sowjetischen Machthaber im Februar 1956 aus ehemaligen überzeugten Stalinisten zusammensetzten, die in der

556 Vgl. auch Ernst Halperin, Eisbrecher Mikojan, in: Ost-Probleme 8 (1956), Nr. 11, S. 362 f., hier S. 363; Erstveröffentlichung: Neue Zürcher Zeitung vom 4. März 1956 unter dem Titel *Die Bedeutung der Rede Mikojans*.

557 Vgl. hierzu die zusammenfassende Interpretation von Leonhard, Kreml ohne Stalin, S. 268–272.

558 Vgl. hierzu grundsätzlich Hugh Seton-Watson, Sowjetrußlands neue Bourgeoisie, in: Der Monat 5 (1953), H. 58, S. 417–421.

Vergangenheit direkt und indirekt in den stalinistischen Terror verwickelt und nicht nur auf diesem Gebiet des »Diktators Helfershelfer« (Nikolajewski) waren.⁵⁵⁹

Nach den beiden Veröffentlichungen von Löwenthal im April- und Maiheft setzte sich *Der Monat* in der Juniausgabe 1956 ein weiteres Mal mit dem XX. Parteitag der KPdSU und der Geheimrede Chruschtschows sowie den politischen Implikationen des gesamten Entstalinisierungsprozesses auseinander. Unter der Überschrift *Ist Russland anders geworden?* wurde von der Zeitschriftenredaktion eine »Umfrage« ins Leben gerufen, an der sich insgesamt sechs Autoren beteiligten: Ignazio Silone, Dwight Macdonald, Edward Crankshaw, Ernst Halperin, Franz Borkenau und Walter Lippmann.⁵⁶⁰ Die sechs »politischen Sachverständigen« antworteten auf einen von der Redaktion um Lasky entworfenen, fünf Punkte umfassenden Fragenkatalog. Dieser beleuchtete *expressis verbis* die Natur des sowjetischen Herrschaftssystems nach Stalin im Kontext des Entstalinisierungsprozesses. In diesem Zusammenhang besaßen die analytisch ausgerichteten Fragen zum Zeitpunkt des Kalten Krieges zuallererst eine politische Bedeutung. Gleichwohl kann ihnen im Zusammenhang der Analyse des Sowjetkommunismus ein – wie zu sehen sein wird – wissenschaftlicher Anspruch nicht abgesprochen werden.

Aufgrund der Tatsache, dass vom *Monat* in Bezug auf die Analyse des Sowjetkommunismus in Gestalt des Nachstalinismus die richtigen Fragen gestellt wurden, sollen im Folgenden erstens in aller Kürze die einleitenden Worte und zweitens der angesprochene, aus fünf Punkten bestehende Fragenkatalog der Zeitschriftenredaktion wiedergegeben werden. Da es aus Raumgründen unmöglich ist, auf sämtliche Antworten der oben genannten Autoren einzugehen, soll zumindest ein Kommunismusexperte exemplarisch zu Wort kommen. Die Entscheidung fiel auf Franz Borkenau: Zum einen handelte es sich um einen der renommiertesten Forscher des internationalen Kommunismus und zudem ging er in seinem Beitrag *in nuce* auch auf die an anderer Stelle angesprochene berühmte Methode der »Kreml-Astrologie« ein,⁵⁶¹ die sich nicht zuletzt im Kern mit der Frage beschäftigte, inwiefern es möglich wäre, die politische Entwicklung des sowjetischen Regimes »vorherzusagen«. Zum anderen kann anhand seines Beitrages auch gezeigt werden, dass angesichts des von der Redaktion entworfenen Fragenkataloges seitens der sechs Autoren durchaus kontroverse Ansichten formuliert wurden, wie es sich aus der Stellungnahme Borkenaus ergab. Sowohl bei den angesprochenen Redaktionsfragen als auch bei der Antwort von Borkenau erschien es sinnvoll, das empirische Material für sich »sprechen« zu lassen, sodass in weiten Teilen das Original zitiert wird. Im Anschluss daran erfolgt ein Kommentar.

Zu Beginn der Einleitung zu der Umfrage *Ist Russland anders geworden?* schrieb die Zeitschriftenredaktion des *Monat*:

Seit Stalins Tod, und noch mehr seit dem 20. Parteitag in Moskau, hat die nicht-kommunistische Welt mit lebhaftem Interesse Ausschau nach einem »Wandel hinter dem

559 Boris Nicolaevsky, Was Chruschtschew verschwieg, in: *Der Monat* 8 (1956), H. 95, S. 79–82 (Zitat S. 79).

560 *Ist Russland anders geworden?* Mit Beiträgen von Ignazio Silone, Dwight Macdonald, Edward Crankshaw, Ernst Halperin, Franz Borkenau und Walter Lippmann, in: *Der Monat* 8 (1956), H. 93, S. 3–17.

561 Siehe hierzu im Einzelnen Franz Borkenau, Was ist Kreml-Astrologie, in: *Der Monat* 7 (1955), H. 79, S. 32–39.

Eisernen Vorhang« gehalten. Zu keinem anderen Zeitpunkt gingen aber auch die Meinungen der Kommentatoren und der Fachleute für sowjetische Angelegenheit so weit auseinander: im Urteil einiger gibt es »überhaupt keine Veränderung« [...], nach Meinung anderer hat sich ein »tiefgreifender Wechsel im politischen und gesellschaftlichen Zustande Rußlands« vollzogen [...]. Eine bedeutende englische Zeitung fragt skeptisch: »Ist das sowjetische Regime nun weniger bedrückend, seine Außenpolitik wirklich friedfertiger geworden?«

Nicht zuletzt mit Blick auf die politischen Implikationen für die westlichen Staaten angesichts des Kalten Krieges hieß es unter anderem weiter:

Eine übereilte, oberflächliche, schlecht durchdachte Interpretation der neuen Strategie und Taktik des Weltkommunismus wäre sicherlich der gefährlichste Irrtum unserer Tage; die Situation erfordert von der freien Welt eine gründliche ideologische Bestandsaufnahme. Wir haben deshalb, um auf diese Weise eine Übersicht möglichst vieler Meinungs-Spielarten innerhalb der westlichen Welt zu dem großen Thema: »Was geschieht zur Zeit in Sowjetrußland?« zu erlangen, die folgenden Fragen an eine Reihe von politischen Sachverständigen gerichtet.⁵⁶²

Im Anschluss an diese einführenden Zeilen wurde der fünf Punkte umfassende Fragenkatalog der Zeitschriftenredaktion vorgestellt, der im Einzelnen wie folgt lautete:

1. Hat sich Ihrer Meinung nach in der Sowjetunion wirklich ein Bruch mit dem Stalinismus vollzogen?

Gibt es so etwas wie eine echte und dauerhafte Bewegung in Richtung auf die sogenannte »kollektive Führung«, durch die das alte Prinzip der Tyrannei eines einzelnen abgelöst werden soll, oder findet doch nur ein Kampf um die Macht statt, bei dem Männer wie Chruschtschow die Nutznießer eines zeitweiligen »Unentschieden« zwischen einander bekämpfender Machtgruppen sind? Wie ernst ist die sogenannte »leninistische Renaissance« zu nehmen? Halten Sie es für möglich, daß eine ganze herrschende Klasse – oder doch ihre ideologische Elite – nun ihrerseits den Weg von Stalin zurück zu Lenin, von Lenin zurück zu Marx geht [...]?

2. Würden Sie sagen, daß eine merkbare Entspannung eingetreten ist, und wenn ja, wie bewerten Sie diese Entspannung nach Wesen und Ausmaß?

Sind die eingetretenen Veränderungen Ihrer Meinung nach eher kurzfristige taktische Konzessionen gegenüber der russischen Bevölkerung, die der ständigen politischen Hochspannung und der wirtschaftlichen Entbehrungen müde geworden ist, oder handelt es sich um Auswirkungen tiefer wurzelnder Tendenzen bei der industriellen und großstädtischen Bevölkerung der Sowjetunion? Ist das Regime tatsächlich weniger drückend geworden? Kann die sowjetische Wirtschaft, ohne nun gleich den westlichen Kapitalismus einzuholen, einen leidlichen Lebensstandard für ihre Massen herbeiführen? Ist es vorstellbar, daß die wohlvertrauten Wesenszüge des Polizeistaates, des Univers concentrationnaire abgeschafft oder doch gemildert werden?

562 Ist Russland anders geworden? Mit Beiträgen von Ignazio Silone, Dwight Macdonald, Edward Crankshaw, Ernst Halperin, Franz Borkenau und Walter Lippmann, in: Der Monat 8 (1956), H. 93, S. 3.

3. Glauben Sie, daß in den letzten Jahren im Kreml eine Neubeurteilung der internationalen Lage herangereift ist? Hat sich die Haltung der für die sowjetische Politik Verantwortlichen gegenüber der Frage des Krieges, eines möglichen Aufstandes der Unterdrückten und eines kommenden »Endsieg« des Weltkommunismus geändert? [...]

4. Was bedeutet Ihrer Meinung nach die Rehabilitation einiger alter Bolschewisten, die einst als teuflische Verräter verurteilt worden sind?

War Stalin persönlich und ganz allein verantwortlich für die schlimmsten Auswüchse des sowjetischen Systems wie die blutigen Säuberungen seit 1937 und ähnliche Dinge? Kann der kommunistische Totalitarismus einigen Bereichen des Lebens, die dem Zentrum der »Macht« nicht unmittelbar benachbart sind – wie etwa der Literatur und der Kunst, der Wissenschaft oder auch dem Fremdenverkehr – ein gewisses Maß an individualistischer Liberalisierung zugestehen? Ist es denkbar, daß die russische Diktatur gewisse neue Formen des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens entwickelt, die sich, wenn sie auch noch keineswegs mit unseren Vorstellungen von Demokratie vereinbar sein mögen, doch hinreichend von den grausamen und fanatischen Formen der Vergangenheit unterscheiden? Würde das für die Sowjets, in Gestalt eines allmählichen psychologischen Erosionsprozesses, auf eine Gefährdung ihres angriffslustigen revolutionären Elans hinauslaufen [...] oder diente es schließlich doch nur als eine Art Schaufenster-Anreiz für eine neue Generation westlicher Fellowtravellers?

5. Sind Sie der Meinung, daß die augenblickliche Phase der sowjetischen Entwicklung, ob sie nun einen grundlegenden Wechsel darstellt oder nicht, den freien Nationen Europas, Asiens und Amerikas neue Probleme stellt?⁵⁶³

Wie bereits festgestellt wurde und wie es sich aus den einleitenden Worten der Redaktion des *Monat* ausdrücklich ergab, besaß der Fragenkomplex sicherlich angesichts des Kalten Krieges seine eigentliche Bedeutung. Gleichwohl haftete ihm neben seiner primär politischen auch eine wissenschaftliche Bedeutung an. Diese Fragen hatten nicht nur für die zeitgenössische Sowjetforschung eine überragende Bedeutung, weil sie die für die wissenschaftliche Untersuchung des sowjetkommunistischen Regimes unter Chruschtschow die richtigen Probleme beleuchteten. Durch die Fokussierung auf diese richtigen Fragen des Entstalinisierungsprozesses in der Sowjetunion sowie im Kontext der Geheimrede Chruschtschows ging es hierbei auch und vor allem um den Versuch einer adäquaten zeitgenössischen Analyse des Sowjetkommunismus. Anders gesagt: Es ging auch um die analytische Unterscheidung zwischen Stalinismus und Nachstalinismus und um die Frage, ob es sich, angesichts der Tatsache, dass in den Jahren nach Stalins Tod der Terror nachgelassen hatte, beim »Chruschtschow-Regime« Mitte des Jahres 1956 noch um eine totalitäre Diktatur handelte und inwiefern folglich der Begriff des Totalitarismus zur Charakterisierung des sowjetischen Systems noch angemessen wäre. Mit den richtig gestellten Fragen seitens der Zeitschriftenredaktion war – um im Bild zu bleiben – der richtige Rahmen für die Antworten der Autoren abgesteckt.

Nachdem Silone, Macdonald, Crankshaw und Halperin auf die Fragen antworteten, kam Borkenau an die »Reihe«; zum Schluss ging Lippmann auf die gestellten Fragen ein. »Wenn ich mich«, so Borkenau zu Beginn seines Beitrages,

563 Ebd., S. 3 f.

im folgenden zu den Auffassungen einiger anderer Teilnehmer an dieser Diskussion polemisch äußere, so deshalb, weil meines Erachtens bei einem Gegeneinandersprechen viel mehr herauskommt als bei einem Nebeneinanderherreden. Nur in der Auseinandersetzung können Thesen klar herausgearbeitet und Streitfragen dem Urteil der weiteren Entwicklung überlassen werden.

Und weiter:

Zunächst ein Wort über das Prophezeien! Ich gelte ja wohl als der Erz-Prophezeier und stoße noch immer auf Leute, die sich fragen, aus welchem magischen Kaffeesatz ich wohl die Dinge herauslese, die dann manchmal wirklich eintreffen. Über die Methode solcher Voraussagen habe ich mich wiederholt geäußert. Der gegenwärtige Stand der Diskussion macht es aber notwendig, noch etwas wesentliches hinzuzufügen: eine Formulierung der Bedingungen, unter denen man *nicht* prophezeien soll, und wäre es noch so verlockend.⁵⁶⁴

Nach Auffassung von Borkenau war beispielsweise der Beitrag von Halperin⁵⁶⁵ ein »extremer Fall unerlaubten Prophezeiens«:

Man sollte bedenken, daß ich den Tod Stalins, das Ende Berias, den Sturz Malenkows erst kurz vor ihrem Eintreten eindeutig vorausgesagt habe – das Kommen der Krise aber in allen drei Fällen bereits Jahre vorher verfolgt hatte. Man muß lernen, zwischen der Analyse einer Krise – die sehr früh beginnen kann und soll – und den vorwegnehmenden Schlußfolgerungen – die erst auf dem Höhepunkt der Krise möglich sind – deutlich zu unterscheiden. Früher war nicht nur jede Voraussage, sondern auch jede Analyse des innerparteilichen Kampfes für die »ernstzunehmenden« Leutebarer Unsinn, phantastisches Geschwätz. Heute wird statt dessen drauflosprophezeit. Es gibt jedoch im ganzen Bereich des Sowjet-Geschehens kein Thema, bei dem das weniger am Platze wäre, als die Entstalinisierung. (Nur der weitere schnellere Aufstieg Titos, des »Verräters und Siegers« läßt sich bereits *eindeutig* voraussagen, wie das schon zur Zeit des Belgrader Abkommens meine Meinung war.)⁵⁶⁶

Im Anschluss daran stellte Borkenau mit Blick auf den Beitrag von Crankshaw⁵⁶⁷ fest, dass sich ernste Sowjetforschung zwar nicht durch »achselszuckende Ablehnung« sämtlicher Bemühungen legitimiert, hinter den Schleier der offiziellen Verlautbarungen zu blicken, wohl aber durch »strenge Beobachtung gewisser Regeln bei der Deutung des offiziellen Materials«. Für Borkenau bestand der »Kaffeesatz«, aus dem er nachdeutete und vorausdeutete, aus »amtlichen oder ernsthaft beglaubigten Meldungen über Personalveränderungen und aus sachkundiger Interpretation amtlicher politischer Mitteilungen. Wer diese Regeln nicht anerkennt«, so Borkenau,

564 Franz Borkenau [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag *Ist Russland anders geworden?*], in: Ebd., S. 12.

565 Siehe Ernst Halperin [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag *Ist Russland anders geworden?*], in: Ebd., S. 11 f.

566 Franz Borkenau [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag *Ist Russland anders geworden?*], in: Ebd., S. 12 f.

567 Siehe Edward Crankshaw [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag *Ist Russland anders geworden?*], in: Ebd., S. 9–11.

oder selbst nicht anwendet, mag getrost seine »Eindrücke« wiedergeben, aber es ist notwendig festzustellen, daß er zur Diskussion so wenig beiträgt wie jemand, der die Erkenntnisse etwa der modernen Physik oder Psychologie einfach beiseiteschiebt und sich auf das beruft, was er »mit seinen gesunden Augen« sehen kann. Soweit solche »persönlichen Eindrücke« in Mitteilungen bestehen, die der Beobachter von Personen erhalten hat, die den Spitzen des Regimes, seinem Propaganda- oder Nachrichtenapparat nahestehen, sind sie *prima facie* und bis zum Beweis des Gegenteils nichts anderes als »Desinformationen«. Soweit sie auf Berührung mit dem »Mann-auf-der-Straße« beruhen, erinnern sie mich an die während des Krieges in London [...] unter dem gebildeten Publikum weit verbreitete Gewohnheit, die politische Lage danach zu beurteilen, was am Morgen der »driver« oder noch besser die »char-woman« gesagt hatte. Selbst in einer Demokratie ist es verfehlt, solche Personen zum Richtpunkt politischer Urteilsbildung zu machen; in einer totalitären Diktatur ist es absurd. Diese Bemerkungen sollen unter anderem veranschaulichen, daß sich in Sowjet-Dingen eine Diskussion über Fakten nicht von der Diskussion über die Methode trennen läßt. Soviel also zu Crankshaws Beitrag.⁵⁶⁸

Nach seinen Ausführungen zu dem Beitrag von Crankshaw setzte sich Borkenau im Folgenden noch einmal mit Halperins Veröffentlichung auseinander:

Zwischen ihm und mir sind die Rollen possierlich vertauscht. Er ist der Berufsjournalist, ich bin der Berufshistoriker. Es sollte meine, nicht seine Berufskrankheit sein, die lange Sicht für die kurze zu nehmen. Es verhält sich aber genau umgekehrt. Ich gehöre zu den zahlreichen Interpreten, die den Aufstieg einer neuen Bourgeoisie für den allgemeinsten Hintergrund der permanenten innerparteilichen Krise halten; ich habe aber nie unterlassen, vorsorglich hinzuzufügen, daß diese sowjetische »Staatsbourgeoisie« (den Begriff hat Prof. Hugh Seton-Watson geprägt) ein völliges Novum sei und daß man es der Geschichte überlassen müsse, die Formen aufzuzeigen, in denen ein so überaus widerspruchsvolles Gebilde zu Einfluß und Wirkung gelangen kann. Halperin wiederholt diese These fast wörtlich – aber ohne ihre Einschränkungen. [...] Er weiß, wie diese »Zukunftsgesellschaft« aussehen wird: ohne KZs, daher ohne systematischen Terror, mit bäuerlichem Privateigentum, mit Übergabe der Betriebsleitungen, und ihr gegenüber wird der Westen nahezu wehrlos sein. Nur über eines läßt er sich nicht aus: über die politische Gestalt, die die Herrschaft der neuen Staatsbourgeoisie annehmen soll. Daß sie demokratisch im westlichen Sinn sein wird, behauptet er nicht; doch eine totalitäre Parteidiktatur kann sie unter den von ihm formulierten Bedingungen auch nicht sein. Man kann es ja, mager hinzudenken, der Geschichte überlassen. Aber so läßt sich diese Formel nicht anwenden. Denn das ganze Zukunftsbild wird absurd, wenn sich die dafür geeignete politische Form nicht finden kann. Und sie kann sich nicht finden. Denn die totale Unvereinbarkeit der von Halperin vorausgesagten »anarcho-syndikalistischen« Tendenzen mit der technischen Notwendigkeit fortschreitender Zentralisierung stempelt das Ganze zum Traum.⁵⁶⁹

568 Franz Borkenau [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag *Ist Russland anders geworden?*], in: Ebd., S. 13.

569 Ebd., S. 13.

Vor diesem Hintergrund konstatierte Borkenau, dass es keinen Grund gäbe, wie sein »Kontrahent« Halperin von einer »Unwiderstehlichkeit der Wandlung« des Regimes auszugehen.⁵⁷⁰ Für ihn stimmt es schon, dass sich die zunehmend funktionslose Partei »in einem falschen Zirkel« drehte, allerdings galt Borkenau zufolge dasselbe auch für die »neue Bourgeoisie«. Der innerparteiliche Kampf selbst drehte sich für ihn im Kreis, aber nicht weil es an der »entscheidenden Machtballung auf einer Seite« fehlte, sondern weil die grundsätzliche Frage – die politische Ordnung an die verschobene Klassenstruktur anzupassen – bis zu dem damaligen Zeitpunkt unlösbar war. »Das hat Stalin«, so Borkenau,

so lange an der Macht gehalten, das hat den Sturz Berias, die Niederlage Malenkows herbeigeführt und uns, mitten im Zersetzungsprozeß des Stalinismus, in den Personen Chruschtschows, Bulganin und ihrer Generäle die linksextremistischste Führung beschert, die es jemals in der ganzen Sowjet-Geschichte gegeben hat. Doch statt zu versuchen, diesen Dschungel von kaum auflösbaren Widersprüchen erst einmal zu erkennen und schrittweise zu verstehen, wird flott drauflos prophezeit.

Wenn irgendeine Prophezeiung überhaupt möglich ist, so ist es meines Erachtens diejenige eines unablässigen Wachstums dieser Widersprüche und das bedeutet eine Serie von Explosionen mit jeweils entgegengesetzten Resultaten.⁵⁷¹

In Anbetracht der für ihn ständig wachsenden Widersprüche innerhalb des sowjetkommunistischen Systems sprach Borkenau zufolge zum damaligen Zeitpunkt einiges dafür, dass die Moskauer Führung unter Chruschtschow zur Überbrückung der innerrussischen Schwierigkeiten auf internationale Siege setzen würde. Angesichts der zahlreichen Widersprüche der Entstalinisierung – zu denen seiner Meinung beispielsweise auch die Haltung des Heeres zählte⁵⁷² – schrieb er am Ende seiner Veröffentlichung, dass man sich im Hinblick auf den Ausgang des insgesamt »unvorhersagbaren« Entstalinisierungsprozesses an folgenden Punkten »orientieren kann:

1. Die Geschichte von der planmäßigen Entstalinisierung ist eine Propagandalüge. Es tobt ein erbitterter innerparteilicher Kampf.
2. Chruschtschow erstrebt Stalins Nachfolge. Von seinem Standpunkt aus ist die Entstalinisierung ein bewußtes Betrugsmanöver, dessen man sich zur Irreführung des Auslands und zur Erledigung persönlicher Gegner bedienen kann.
3. Vor und auf dem Parteitag hat Chruschtschow große Fortschritte in der Säuberung des Parteiapparates und gewisse, weniger große Fortschritte in der Säuberung des Staatsapparates und der Armee von allen persönlichen Gegnern gemacht. Er bemüht sich auch um Wiederherstellung der Polizeigewalt, wie sie zu Stalins Zeiten bestand, scheint dabei aber auf starken Widerstand zu stoßen.
4. Trotz dieser großen organisatorischen Erfolge hat er die Entstalinisierung nicht in der Hand behalten, zum großen Teil wegen seines offenkundigen Mangels an Ruhe, Selbst-

570 Vgl. als direkte Antwort auf die Veröffentlichung von Franz Borkenau in diesem Zusammenhang den »Leserbrief« von Ernst Halperin, Was geschieht in Rußland?, in: Der Monat 8 (1956), H. 94, S. 91.

571 Franz Borkenau [Antwort auf die Fragen in dem Beitrag *Ist Russland anders geworden?*], in: Der Monat 8 (1956), H. 93, S. 14.

572 Siehe im Einzelnen ebd., S. 14 f.

beherrschung und Konsequenz in der Führung. Andere Ursachen des Mißlingens gibt es ohne jeden Zweifel, doch sind sie noch nicht deutlich und stellen für den Augenblick das Hauptproblem der Forschung dar.

5. Innerhalb der UdSSR ist sein Hauptgegenspieler Mikojan.

6. Außerhalb der UdSSR ist sein Hauptgegenspieler Tito. Letzterer hat seit 1954 nicht den kleinsten Versuch unternommen, sein eigenes Regime zu lockern, kämpft aber um Schaffung eines eigenen Empire in Südosteuropa und Osteuropa, sowie um Schaffung einer neuen Internationale, als deren eigentlicher Führer er sich betrachtet. Für ihn ist die Entstalinisierung hauptsächlich ein Erpressungsmittel gegenüber Chruschtschow, während es der Gruppe Mikojan (die mit der alten Gruppe Malenkows weitgehend identisch zu sein scheint) tatsächlich um eine Lockerung des innerrussischen Regimes geht – wie weit sie die Lockerung treiben möchte, ist nicht klar.

7. Gewisse Lockerungen des innerrussischen Regimes (sehr bezeichnend Amnestie und Regime-Lockerung in den KZs) traten fast sofort nach Stalins Tod bzw. Berias Sturz ein. Es ist nicht ersichtlich, daß diese Lockerung seit Chruschtschow Machtantritt, geschweige denn seit dem 20. Parteitag, echte Fortschritte gemacht hätte. Unzweifelhafte Lockerungserscheinungen, die möglicherweise zu Zersetzungserscheinungen werden könnten, finden sich hingegen (bis auf weiteres ausschließlich) in jenem Raum, der zwischen Moskau und Belgrad umkämpft ist.⁵⁷³

Wie zu sehen war, hielt sich Borkenau – wie auch die anderen Befragten – nicht streng an die Reihenfolge der gestellten Fragen. Vor dem Hintergrund seiner in Abgrenzung zu Halperin und Crankshaw angestellten Reflexionen zur »Kreml-Astrologie« und mithin zu der Möglichkeit, die Entwicklung der Sowjetunion unter anderem aufgrund der richtigen Analyse der innerparteilichen Kräfteverhältnisse »vorauszusagen«, zeigte er sich als »Pessimist«. Anders als die beiden Vertreter der »optimistischen Schule«, Halperin und Crankshaw, die – wie es die Ausführungen von Borkenau explizit und implizit zum Ausdruck brachten – der Meinung waren, dass sich die Sowjetunion aufgrund der zurückliegenden politischen Entwicklungen auf dem Weg von einer totalitären Diktatur zu einem »demokratischen« Regime entwickeln könnte, war Borkenau bei seiner Einschätzung des Entstalinisierungsprozesses im Allgemeinen und der sowjetischen »Zukunftsgesellschaft« im Besonderen insgesamt wesentlich vorsichtiger. Wie auch vor allem Halperin nahm Borkenau sehr wohl die facettenreichen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in der Sowjetunion – wie unter anderem in der wirtschaftlichen Struktur – zur Kenntnis, und in diesem Zusammenhang war sicherlich der angesprochene Aufstieg der »neuen Bourgeoisie« ein zentraler Faktor. Gleichwohl hatte Borkenau vollkommen recht mit seiner Feststellung – wie es auch Löwenthal zum Beispiel in seinem Beitrag *Verspäteter Thermidor?* zum Ausdruck brachte –, dass es zum damaligen Zeitpunkt »offen« bleiben musste, wie sich die gesellschaftlichen Veränderungen auf das politische System in der Sowjetunion auswirken würden, oder anders gesagt, welche politischen Auswirkungen die »neue Staatsbourgeoisie« für die Herrschaft der Partei, für das zukünftige Parteiregime haben würde. Obwohl Borkenau natürlich die Veränderungen in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins wie den Abbau des Terrors, die Liberalisierung des Regimes oder die Lockerung des »öffentlichen Lebens« zur Kenntnis nahm, kam er in

573 Ebd., S. 15 f.

Bezug auf die Frage nach dem Charakter des »Nach-Stalin-Regimes« zu dem letztlich eindeutigen Urteil, dass es sich weiterhin um eine totalitäre Diktatur handelte. Löwenthal tat sich in seinen Beiträgen im *Monat* wesentlich schwerer, das nachstalinistische Regime auf den Begriff zu bringen: Einerseits war für ihn zwar der Bruch mit dem Stalinismus nicht zuletzt aufgrund der sogenannten Zähmung der Geheimpolizei feststellbar, andererseits war die Sowjetunion unter Chruschtschow für ihn trotz des innen- und außenpolitischen Entstalinisierungsprozesses und der systemimmanenten Veränderungen keineswegs ein genuin nichtstalinistisches bzw. nichttotalitäres Regime. Auch wenn Löwenthal angesichts der »offenen« Situation im Hinblick auf die Zukunft der Sowjetunion einen Rückfall nicht gänzlich ausschließen konnte, war er durchaus »optimistisch«, was die »nach-totalitäre« bzw. »demokratische« Entwicklung des sowjetischen Regimes nach dem XX. Parteitag sowie der Geheimrede Chruschtschows anbelangte; nicht zuletzt aufgrund seiner Analyse des aus seiner Sicht irreversiblen Verhältnisses von Partei und Gesellschaft.

Borkenau wiederum war bei der Frage, wie der von ihm bezeichnete sogenannte Zersetzungsprozess des Stalinismus ausgehen würde, nicht nur gegenüber den anderen Befragten der Umfrage des *Monat* entschieden pessimistischer, sondern auch skeptischer als Löwenthal. Die unterschiedliche politische Einschätzung hing in erster Linie damit zusammen, dass Borkenau den Entstalinisierungsprozess insgesamt primär unter dem Aspekt der richtigen Analyse der Kräfteverhältnisse der führenden Funktionäre sowie der Apparate des sowjetischen Regimes beurteilte – ohne indes die »verschobene Klassenstruktur« gänzlich aus dem Auge zu verlieren – und weniger wie Löwenthal aus genuin systemimmanenten Aspekten, sodass er auch die Rolle Chruschtschows in diesem Kontext primär unter dem Gesichtspunkt des innerparteilichen Machtkampfes beurteilte.

Gleichwohl vermittelten in diesem Zusammenhang seine abschließenden Feststellungen wichtige Erkenntnisse, wie beispielsweise, dass Chruschtschow innerhalb der Sowjetunion seine »Hauptgegenspieler« in der Gruppe um Mikojan und Malenko hatte und außerhalb der Sowjetunion in Tito (und seinem »gelockerten« Regime), dem es zum damaligen Zeitpunkt darum zu tun war – vor dem Hintergrund der Auflösung der Kominform im April 1956 –, in den sowjetisch beherrschten Satellitenstaaten sein eigenes Imperium zu schaffen. Dass Borkenau durchaus »prophetische« Fähigkeiten besaß, als er nämlich davon sprach, dass es Mitte 1956 in den Satellitenstaaten zum einen »Lockerungserscheinungen« zu konstatieren galt, die »möglicherweise zu Zersetzungserscheinungen werden könnten«, sowie zum anderen, dass der Raum zwischen »Moskau und Belgrad umkämpft ist«, steht auf einem anderen Blatt. Hier soll nur ausdrücklich betont werden, dass Borkenau am Ende seines Beitrages richtig feststellte, dass die gewissen »Lockerungen des innerrussischen Regimes« in erster Linie in den ersten Jahren nach Stalins Tod in Gang kamen und dass insbesondere nach dem XX. Parteitag der KPdSU keine echten Fortschritte festzustellen waren. Das heißt, trotz der Generalabrechnung mit Stalin und der Verurteilung der Verbrechen Stalins durch die Geheimrede von Chruschtschow im Februar 1956 kam es – im Vergleich zu den ersten drei Jahren nach dem Tod Stalins, wo ein Nachlassen des Terrors zu verzeichnen war – in den Monaten danach zu keinen weiteren substanziellen Veränderungen im nachstalinistischen Herrschaftssystem.